



## Heidelberger Forum zur Friedensethik

Die Reihe „Heidelberger Forum zur Friedensethik“ veröffentlicht zweimal jährlich Working Papers zu aktuellen friedensethischen Themen. Diese werden zuvor im Rahmen eines interdisziplinären Konsultationsprozesses in einem mehrstufigen Verfahren verhandelt.

### **Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Heidelberger Forum zur Friedensethik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Beiträge des Heidelberger Forums zur Friedensethik unterliegen einem Verfahren der Begutachtung durch Fachkolleginnen und -kollegen und der Leitung des Arbeitsbereichs Frieden. Die Beiträge geben die Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder.

Layout und Satz: Anke Rahimi-Muno

© FEST, Heidelberg, 2024

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST)

Institut für interdisziplinäre Forschung

Schmeilweg 5

69118 Heidelberg

Telefon +49 6221 9122 0

E-Mail: [info@fest-heidelberg.de](mailto:info@fest-heidelberg.de)

[www.fest-heidelberg.de](http://www.fest-heidelberg.de)

<https://heidelberger-forum-friedensethik.de>

ISSN 2940-2824

- Der Ausgang der US-amerikanischen Wahlen wird sich elementar auf die transatlantischen Beziehungen und die europäische Sicherheit auswirken. Zwar dürften auch im Falle eines Wahlsieges von Donald Trump die NATO und die transatlantischen Beziehungen fortbestehen, sie würden aber erheblich komplizierter werden. Darauf muss die Europäische Union vorbereitet sein.
- Gegenwärtig hat die EU als ein Verbund von 27 kleinen und mittelgroßen europäischen Staaten gerade im nicht vergemeinschafteten Bereich der Sicherheit und Verteidigung deutliche Koordinations- und Kooperationsprobleme. Im Rahme der Nato tragen die USA zur Lösung dieses Strukturproblems mit zwei nur schwer ersetzbaren Leistungen bei: Erstens verfügen sie über die für die kollektive Aktion nötigen militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten und zweitens bringen sie Führung ein.
- Die Debatte um europäische Nuklearwaffen im Falle eines Wegfalls des nuklearen Abwehrschirmes der USA ist folgerichtig, sofern man die Position vertritt, dass, solange es Nuklearwaffen in Händen von Autokraten gibt, eine einschränkende Gegenmacht nötig ist. Politisch erweisen sich die Vorschläge – sowohl EU-eigener Nuklearwaffen als auch einer erweiterten nuklearen Abschreckung durch französische Atomwaffen – jedoch als unrealistisch. Letztlich wäre Europa ohne die USA nuklear verwundbar und auch die konventionelle Kriegsgefahr würde sich für Europa deutlich erhöhen.

*Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.)*

**MÖGLICHE FOLGEN DER US-AMERIKANISCHEN WAHL FÜR DIE SICHERHEIT  
EUROPAS**

Heidelberger Forum zur Friedensethik V  
Juli 2024, Heidelberg



Gefördert von der  
Evangelischen Seelsorge  
in der Bundeswehr.

---

## Inhalt

- 2 Die Sicherheit Europas im Lichte der US-amerikanischen Wahl – eine Einführung  
*Ines-Jacqueline Werkner*
- 5 Geopolitische Szenarien nach der US-amerikanischen Wahl  
*Sven Bernhard Gareis*
- 14 Europäische Sicherheit ohne die USA?  
*Matthias Dembinski*
- 24 Braucht Europa eigene Nuklearstreitkräfte?  
*Ines-Jacqueline Werkner*
- 32 Autorinnen und Autoren

## Die Sicherheit Europas im Lichte der US-amerikanischen Wahl – eine Einführung

*Ines-Jacqueline Werkner*

Nur drei Tage nach Beginn des russischen Angriffes auf die Ukraine rief Bundeskanzler Olaf Scholz die Zeitenwende aus. Aber nicht nur für Deutschland, auch für Europa verbindet sich mit diesem Krieg eine solche Zeitenwende. Seit dem Beginn der russischen Invasion hat die Europäische Union massive und beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Allein im ersten Kriegsjahr waren es zehn Sanktionspakete; selten zeigte sich die EU derart geschlossen. Aber nicht nur wirtschaftlich, auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat sie einen Wandel vollzogen: Die EU-Staaten erhöhen ihre Verteidigungsausgaben, bauen ihre strategischen Kernfähigkeiten aus und rüsten ihre Streitkräfte quantitativ wie qualitativ auf. Zudem unterstützen sie die Ukraine mit immer weiterreichenden Waffenlieferungen. In diesem Sinne konstatieren auch Markus Kaim und Ronja Kempin (2024, S. 5):

„Auch in der Europäischen Union (EU) hat Russlands Angriffskrieg ungeahnte Kräfte freigesetzt. Vor allem in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben die EU-Staaten seit Februar 2024 Quantensprünge vollzogen.“

Ungeachtet dieser Anstrengungen bleiben die USA nach wie vor der zentrale Akteur innerhalb der NATO, der wichtigste Garant für die europäische Sicherheit und der größte Unterstützer der Ukraine in ihrem Kampf gegen Russlands Angriffskrieg. Dies könnte allerdings bei einem potenziellen Wahlsieg Donald Trumps bei den nächsten US-amerikanischen Wahlen im November 2024 Trump infrage stehen.

### **Von der Lastenteilung zur Lastenverlagerung?**

Bei einem Wahlsieg von Donald Trump würden die transatlantischen Beziehungen voraussichtlich neu justiert werden. Trump gilt als ein *Restrainer*, der sich „von den traditionellen amerikanischen Verpflichtungen zum ‚liberalen Internationalismus‘ entfernt“ (Kaim und Kempin 2024, S. 28) hat. Aus seiner Sicht müssen die Amerikanerinnen und Amerikaner mehr für ihre Belange eintreten und verstärkt Res-

sources für Herausforderungen im eigenen Land aufbringen (vgl. Kaim und Kempin 2024, S. 13) – ganz im Sinne der Maxime „America First“. Damit verbände sich zugleich ein Rückzug der USA aus Europa:

„*Restrainer* sind sich einig darin, dass die Mitgliedschaft der USA in der NATO und ihre Truppenpräsenz in Europa nicht mehr amerikanischen Interessen dienen und dass es an der Zeit sei, sich vollständig aus Europa zurückzuziehen“ (Kaim und Kempin 2024, S. 13).

Gerade im Lichte der gegenwärtigen Bedrohungslage durch den Ukrainekrieg würde ein solches Ansinnen für Europa große Probleme bergen. Damit verbunden wäre eine Entwicklung von einer Lastenteilung (*burden sharing*) zu einer Lastenverlagerung (*burden shifting*). Die Auswirkungen für Europa wären doppelt desaströs: Zum einen könnten die Europäerinnen und Europäer die amerikanische Unterstützung für die Ukraine (finanziell wie militärisch) nicht auffangen, mit enormen Folgen für den Ausgang des Krieges in der Ukraine. Zum anderen wäre Europa – und damit auch Deutschland – gefordert, weitaus stärker als bislang für die eigene Sicherheit und Verteidigung aufzukommen. Gegenwärtig wäre Europa in einem konventionellen Szenario nicht in der Lage, sich selbst – ohne die USA – zu verteidigen. Das reicht von der Aufklärung über konventionelle Kräfte bis hin zur nuklearen Abschreckung (vgl. Major 2023, 2024). Letztlich wäre im Falle eines Wegfalls des US-amerikanischen nuklearen Abwehrschirmes auch über eine verstärkte europäische Atombewaffnung nachzudenken. Dieser Frage kommt eine besondere Relevanz zu, spielt die atomare Dimension der Abschreckung mit dem Ukrainekrieg wieder eine größere Rolle. So geht auch das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinem aktuellen Bericht von einer größer werdenden nuklearen Gefährdung aus und konstatiert: „*Role of nuclear weapons grows as geopolitical relations deteriorate*“ (SIPRI 2024).

### **Zum Working Paper**

Vor diesem Hintergrund nimmt das Working Paper mögliche Folgen der US-amerikanischen Wahl für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit Europas näher in den Blick. Gerade angesichts des Ukrainekrieges steht die Europäische Union in diesem nicht vergemeinschafteten Bereich vor großen Herausforderungen.

In einem ersten Beitrag skizziert Sven Gareis geopolitische Szenarien nach der US-amerikanischen Wahl. Das umfasst potenzielle Folgen für die Ukraine, Auswirkun-



gen auf die transatlantischen Beziehungen, politische Effekte auf den Nahen und Mittleren Osten (speziell auf den israelisch-palästinensischen Konflikt), aber insbesondere auch potenzielle Konsequenzen für das Verhältnis zwischen den USA und China und mögliche Verschärfungen der Spannungen im indopazifischen Raum.

*Matthias Dembinski* widmet sich der Frage, wie sich die europäische Sicherheit ohne die USA gestalten würde. Auch wenn ein vollständiger Rückzug der USA aus den sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen Europas ein wenig wahrscheinliches Szenario darstellt, wären die Folgen – so der Autor – „aber so gravierend, dass die Beschäftigung mit ihm dennoch geboten erscheint“ (S. 14). Im Fokus seines Beitrages stehen inhärente Strukturprobleme der EU, die ohne die USA nur schwer zu lösen wären.

Ausgehend von der nuklearen Dimension des Ukrainekrieges und den prinzipiell verschiedenen ethischen Zugängen zur nuklearen Abschreckung beleuchtet der abschließende Beitrag von *Ines-Jacqueline Werkner* die in der Politik aktuell diskutierte Frage, ob Europa für seine Sicherheit eigene Nuklearstreitkräfte braucht. Dabei werden verschiedene, in der politischen Debatte befindliche Optionen in den Blick genommen, auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft und friedensethisch reflektiert.

## Literatur

- Kaim, Markus und Ronja Kempin. 2024. *Die Neuvermessung der amerikanisch-europäischen Sicherheitsbeziehungen. Von Zeitenwende zu Zeitenwende*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Major, Claudia. 2023. Warum Europa auf die Unterstützung der USA angewiesen ist. <https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/geoeconomics-warum-europa-auf-die-unterstuetzung-der-usa-angewiesen-ist/29488858.html>. Zugegriffen: 18. Juni 2024.
- Major, Claudia. 2024. Diskussion bei Markus Lanz. <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz-vom-24-januar-2024-100.html>. Zugegriffen: 18. Juni 2024.
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). 2024. Role of nuclear weapons grows as geopolitical relations deteriorate. <https://www.sipri.org/media/press-release/2024/role-nuclear-weapons-grows-geopolitical-relations-deteriorate-new-sipri-yearbook-out-now>. Zugegriffen: 18. Juni 2024.

---

## **Geopolitische Szenarien nach den US-amerikanischen Wahlen**

*Sven Bernhard Greis*

Die Weltpolitik befindet sich weiter in einer Phase des Überganges, der Entstehung einer neuen multizentrischen Ordnung, deren Struktur noch weitgehend unklar ist und deren grundlegende Regeln noch ausgehandelt werden müssen. Zwar liegt mit der Charta der Vereinten Nationen ein Regelwerk mit globaler Gültigkeit vor, doch kann das mit der politik-praktischen Umsetzung vorrangig beauftragte Gremium, der UN-Sicherheitsrat, seine Verantwortlichkeiten nur in sehr eingeschränkter Weise wahrnehmen. Vielmehr gestaltet sich das internationale Krisen- und Konfliktmanagement immer schwieriger bis unmöglich, wie die Situationen in Osteuropa – hier insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, verbunden mit Moskaus nuklearen Drohungen an den Westen –, im Mittleren Osten mit dem Krieg in Gaza oder auch in Zentral- und Westafrika zeigen. In Ostasien ist die Eskalation hin zu einem heißen Großmächtekonflikt zwischen den USA und China keineswegs ausgeschlossen. Es besteht wenig Hoffnung, dass die Phase zunehmender Gewaltkonflikte zu einem Ende gelangen und sich zwischen den beteiligten (Groß)Mächten eine Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit an der Stabilisierung und Befriedung der Situationen in den betroffenen Regionen, geschweige denn im globalen Maßstab, einstellen kann.

### **Die Bedeutung der US-amerikanischen Wahlen am 5. November 2024**

Vor dem gerade skizzierten Hintergrund kommt den US-amerikanischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen am 5. November 2024 eine erhebliche geopolitische Bedeutung zu. Ihr Ausgang dürfte die Rolle der USA, aber auch die des politischen Westens insgesamt in einer ganzen Reihe weltpolitischer Szenarien und Entwicklungen stark beeinflussen. Dabei kann unabhängig vom Ausgang dieser Wahlen angenommen werden, dass die weltpolitische Rolle der USA und des mit ihr verbundenen freiheitlich-demokratischen Lagers keine Stärkung erfahren dürfte.

Angesichts der weiterhin stark ausgeprägten politischen Polarisierung in den USA ist der Boden bereitet für einen Wahlkampf zwischen dem demokratischen Präsidenten Joseph Biden und dem ehemaligen Präsidenten und voraussichtlich auch neuen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump, dessen Aggressivität und Unversöhnlichkeit die Kampagnen von 2016 und 2020 noch weit übertreffen könnte. Die nicht nur in den USA erodierende Bereitschaft politischer und gesellschaftlicher Lager, einander im Ringen um bestmögliche Lösungen für das Gemeinwesen insgesamt betreffende Probleme mit Respekt und Offenheit für Kompromiss und Interessenausgleich gegenüberzutreten, nährt die Narrative autokratischer Systeme über die angebliche Dekadenz freiheitlicher Demokratien.

«Die nicht nur in den USA erodierende Bereitschaft politischer und gesellschaftlicher Lager, einander im Ringen um bestmögliche Lösungen für das Gemeinwesen insgesamt betreffende Probleme mit Respekt und Offenheit für Kompromiss und Interessenausgleich gegenüberzutreten, nährt die Narrative autokratischer Systeme über die angebliche Dekadenz freiheitlicher Demokratien.»

Auch bei einem Wahlsieg Joseph Bidens und der Fortsetzung einer demokratisch geführten Administration bestehen die Gefahren und Bedrohungen der gegenwärtigen Weltlage fort, deren Bewältigung auch und gerade eine politische Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der westlichen Führungsmacht verlangt. Diese dürfte jedoch auch bei einer Niederlage Trumps infrage gestellt sein. Seit seiner – durch den dystopischen Sturm seiner Anhängerinnen und Anhänger auf den Kongress am 6. Januar 2021 überschatteten – Amtsübergabe an Biden hat Trump die republikanische Partei weitestgehend seiner persönlichen Herrschaft unterworfen und greift über seine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus aktiv in die amerikanische Politik ein, was sich außenpolitisch unter anderem in der monatelangen Blockade militärischer Unterstützungsleistungen für die immer stärker unter Druck geratene Ukraine zeigte. Wie werden gegebenenfalls Trumps Reaktionen und die seiner Anhängerinnen und Anhänger auf eine neuerliche Niederlage ausfallen? Würde es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen? Würden sich politische Blockaden weiter verschärfen? Diesbezügliche Befürchtungen sind angesichts der anhaltenden Leugnung des Wahlausgangs 2020 durch Trump und der daraus entstandenen Ereignisse keinesfalls gegen-

standslos. Immerhin aber wäre unter Joseph Biden eine US-Administration im Amt, die in der zurückliegenden Amtszeit sehr verantwortungsvoll und zuverlässig gegenüber ihren Verbündeten aufgetreten ist. Die Biden-Administration hat ihre Partner in der NATO, im Verbund mit Australien und dem Vereinigten Königreich (AUKUS) oder auch im Quartett mit Australien, Indien und Japan (QUAD) verlässlich um sich gruppiert und ist auch bei globalen Fragen wie der Umwelt und dem Klima konstruktiv aufgetreten.

«International würden die USA noch weniger als das Idealbild einer freiheitlichen Demokratie wahrgenommen, wenn Trump, besser vorbereitet als bei seiner ersten Amtszeit, mit offen angekündigtem und größerem Zerstörungswillen gegenüber den US-Institutionen ins Weiße Haus zurückkehrte.»

Ein Sieg Donald Trumps dagegen müsste wohl als eine wirkliche Niederlage für die US-Demokratie insgesamt gelten, deren Wahlergebnisse gerade bei den Präsidentschaftswahlen ohnehin oft mehr von kleinsten Bewegungen von Wählerinnen und Wählern in den *Swing States* abhängen als vom *popular vote* der Gesamtbevölkerung. International würden die USA noch weniger als das Idealbild einer freiheitlichen Demokratie wahrgenommen, wenn Trump, besser vorbereitet als bei seiner ersten Amtszeit, mit offen angekündigtem und größerem Zerstörungswillen gegenüber den US-Institutionen ins Weiße Haus zurückkehrte. Aus Sicht Beijings und Moskaus wäre dies wohl ein nicht unattraktiver Ausgang, weil sich nach einem Sieg Trumps auch das autokratische Lager in der Weltpolitik gestärkt sehen würde, dessen Protagonisten wie Xi Jinping, Wladimir Putin oder Kim Jong-un Trump zu Zeiten seiner Präsidentschaft offene Sympathien entgegenbrachte.

Andererseits wäre Trump mit seinem erratischen Politikstil jedoch auch ein deutlich weniger berechenbarer Akteur. Seine starke Neigung zu transaktionaler Politik in Verbindung mit seiner *America-First*-Ideologie hätte wieder alles Potenzial, Verbündete weltweit zu irritieren oder zu verstören, was wiederum die globalen Gestaltungsmöglichkeiten der USA weiter beeinträchtigen würde. Der von ihm begonnene – und auch unter Biden fortgesetzte – Trend zu einem größeren wirtschaftlichen Protektionismus würde fortgesetzt, der Welthandel weiter beeinträchtigt und die Fragmentierung der internationalen Beziehungen in konkurrie-

rende Machtzentren mit eigenen regional- und geopolitischen Ordnungsansprüchen verstärkt werden. Eine fortschreitende Erosion der Rolle der USA als globaler Ordnungsmacht könnte den weiteren Machtzuwachs insbesondere Chinas begünstigen, welches bereits seit geraumer Zeit Vakua ausfüllt, die der (temporäre) Rückzug der USA aus multilateralen Arrangements wie der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP) oder Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (UNESCO, Weltgesundheitsorganisation) sowie ihr zurückgehender Einfluss im sogenannten Globalen Süden eröffnet haben.

### **Folgen für die Ukraine**

Seit der neuerlichen und umfassenden Aggression Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 erhält das Land erhebliche finanzielle, materielle und ausbildungsbezogene Unterstützungsleistungen aus zahlreichen Ländern, die bislang seine Selbstverteidigung und damit sein Überleben als Staat gesichert haben. Die USA engagieren sich dabei nicht nur als die mit Abstand größte Geberin dieser Leistungen, sondern auch als Koordinatorin der Hilfen zwischen ihren Verbündeten und Partnern, vor allem in der *Ukraine Defence Contact Group*, dem sogenannten Ramstein-Format. Trotz erheblicher Unterstützung seitens vieler europäischer Staaten und der Entscheidung der Europäischen Union, im Rahmen ihrer Friedensfazilität auch selbst Ausrüstung und Waffen an die Ukraine zu liefern, bleiben die USA die bedeutendste und unersetzliche Macht im zunehmend verzweifelten Verteidigungskrieg des Landes.

«Ein mögliches Ende der US-Hilfen unter einer von Donald Trump geleiteten Administration und eine Annäherung an Moskau im Zuge von „Deals“ könnten über kurze oder mittlere Frist das Ende der Ukraine als souveräner Staat herbeiführen.»

Die Folgen ausbleibender US-Hilfen zeigten sich in den rund sechs Monate andauernden, erst gegen Ende April 2024 beendeten Blockaden im US-Kongress von 61 Milliarden US-Dollar Unterstützungsleistungen durch die republikanische Partei. Ein mögliches Ende der US-Hilfen unter einer von Donald Trump geleiteten Administration und eine Annäherung an Moskau im Zuge von „Deals“ könnten über kurze oder mittlere Frist das Ende der Ukraine als souveräner Staat herbeiführen.

NATO-Staaten an der Ostflanke der Allianz wie Estland, Lettland oder Litauen sowie weitere Länder wie die EU-Beitrittskandidaten Georgien und Moldau würden sich dann einer noch stärkeren Bedrohung und Erpressung durch Russland ausgesetzt sehen.

### **Transatlantische Beziehungen**

Die NATO als Bündnis stellt sich in der Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine geeinter und stärker dar als noch vor wenigen Jahren. Mit Finnland und Schweden sind zwei weitere EU-Mitglieder der Allianz beigetreten und verstärken deren militärische Leistungsfähigkeit in Nordeuropa und im Ostseeraum. Die NATO hat mit ihrem Strategischen Konzept von 2022, ihrem neuen Streitkräftekonzept sowie der Ausplanung ihrer Regionalen Verteidigungspläne seit 2023, vor allem aber auch durch die deutlich gesteigerten Militär- und Rüstungsanstrengungen ihrer Mitglieder ihre Fähigkeiten bei der Abschreckung und Verteidigung weiter ausgebaut. Hierzu hat auch eine insgesamt klare und kluge Führung der USA unter Präsident Biden beigetragen. Wesentlich dabei war die Bereitschaft der USA, ihre Verbündeten als Partner auf Augenhöhe wahrzunehmen und anzuerkennen, dass die Weltmachtstellung der USA vor allem auf ihrer Fähigkeit beruht, Bündnisse zu bilden und zu unterhalten.

«Wesentlich dabei war die Bereitschaft der USA, ihre Verbündeten als Partner auf Augenhöhe wahrzunehmen und anzuerkennen, dass die Weltmachtstellung der USA vor allem auf ihrer Fähigkeit beruht, Bündnisse zu bilden und zu unterhalten.»

Auch wenn die USA sich unter einer möglichen weiteren Präsidentschaft Donald Trump nicht aus der NATO zurückziehen dürften, könnte dieser dem Bündnis Schaden zufügen, indem er für Verunsicherungen etwa bei kollektiven Beistandsleistungen sorgt. Sein disruptiver Politikstil gegenüber dem Bündnis zeigte sich schon während seiner ersten Amtszeit, als er die Allianz als eine Art Schutzgeldring wahrnahm. Jüngere Äußerungen, „nicht-zahlenden“ Verbündeten nicht nur den Beistand zu verweigern, sondern potenzielle Aggressoren zu Übergriffen auf diese Partner zu ermuntern, lassen auf den Fortbestand entsprechender Sichtweisen im bündnispolitischen Weltbild Trumps schließen.

## Naher Osten

In der weitgehend festgefahrenen Situation der Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten haben sich die USA unter Präsident Joseph Biden einerseits als Garant der Sicherheit Israels bewährt, sind zugleich aber auch den unübersehbaren Bemühungen der Regierung Benjamin Netanjahus und ihrer in Teilen extremen Partner entgegengetreten, die einzige pluralistische und freiheitliche Demokratie in der Region in eine Autokratie zu verwandeln. Mit seinem Insistieren auf die Einhaltung der grundlegenden Schutzverpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen bei der israelischen Verteidigung nach dem Hamas-Angriff auf Israel vom 7. Oktober 2023 hat Biden auch die westliche Verantwortung für die stets hochgehaltene regelbasierte Weltordnung zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus setzt sich die Biden-Administration für eine Wiederbelebung der Bemühungen um eine Nachkriegsordnung ein, die auf ein friedliches Nebeneinander von Israelis und Palästinensern und damit auf eine einigermaßen gerechte Zwei-Staaten-Lösung als Ausweg aus dem Dauerkonflikt zielt .

«Mit seinem Insistieren auf die Einhaltung der grundlegenden Schutzverpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen bei der israelischen Verteidigung nach dem Hamas-Angriff auf Israel vom 7. Oktober 2023 hat Biden auch die westliche Verantwortung für die stets hochgehaltene regelbasierte Weltordnung zum Ausdruck gebracht.»

Einen Vorschlag für einen palästinensischen Staat neben Israel hatte zwar auch Donald Trump im Januar 2020 unterbreitet, dieser enthielt allerdings weitreichende Beschränkungen der Souveränität eines solchen Gemeinwesens etwa durch die israelische Kontrolle von Grenzen, Luftraum und Küstengewässern oder auch die Festschreibung israelischer Siedlungen und die damit einhergehende Zersplitterung des palästinensischen Staatsgebietes. Dass eine neuerlich von Trump geführte US-Administration als verlässlicher Vermittler wahrgenommen würde, darf angezweifelt werden. Andererseits zeigt die Komplexität dieses Konflikts und ihres

jahrzehntelangen, immer wieder gewaltsamen Austrags, wie schwierig sich jegliche äußere Vermittlungsbemühungen gestalten.

## **Der Indopazifik und China**

Der indopazifische Raum ist eine für die Entwicklung von Weltpolitik und -wirtschaft im 21. Jahrhundert gleichermaßen bedeutsame Region. Vor allem auf seiner pazifischen Seite sind Staaten und Volkswirtschaften eng miteinander verflochten, was neben beachtlichem ökonomischem Wachstum und Wohlstandsmehrung auch zu einer mehr als vier Jahrzehnte andauernden Periode ohne Kriege und einer insgesamt stabilen Sicherheitsordnung führte. Mit der Volksrepublik China und Japan sind die zweit- bzw. viertgrößte Volkswirtschaften in der Region ansässig, Südkorea und Taiwan sind ebenfalls global bedeutsam aufgestellte Akteure, in Südasien strebt Indien einer Position an der Weltspitze entgegen. Zugleich ist die Region aber auch Schauplatz zahlreicher Spannungen und Konflikte um Territorien, Ressourcen, Einfluss und Macht, unter denen die Großmächterivalität zwischen den USA und der Volksrepublik China die bedeutendste in der Region wie im globalen Maßstab darstellt.

«Biden gelang so ein weitreichendes Containment der Volksrepublik China, ohne indes die Beziehungen zu Beijing zu zerstören. Im Management dieser hinsichtlich ihrer potenziellen Auswirkungen auf die gesamte Welt bedeutendste bilaterale Verbindung wird es schlussendlich darauf ankommen, ein „Schlafwandeln“ in eine desaströse Eskalation zu vermeiden.»

Auf die Grundkonstellation dieser Rivalität dürfte der Wahlausgang in den USA kaum einen Einfluss haben – die Eindämmung chinesischer Macht ist eines der wenigen Ziele, welches in beiden politischen Lagern der USA gleichermaßen Zustimmung findet. So wurde der von Trump gestartete Handelskrieg mit der Volksrepublik China durch Strafzölle und Handelsverbote für IT und weitere Hochtechnologieprodukte auch von Biden fortgesetzt. Anders als Trump, der mit seinem sofortigen Ausstieg aus der unter Präsident Barack Obama vorbereiteten Transpazifischen Partnerschaft, einer Freihandelszone unter Ausschluss Chinas,



oder durch seinen öffentlich vorgeführten Hang zu Autokraten und „starken Führern“ in Beijing und Pjöngjang für Verunsicherung unter seinen regionalen Verbündeten sorgte, konnte Präsident Biden letztere wieder enger an sich binden. Biden gelang so ein weitreichendes Containment der Volksrepublik China, ohne indes die Beziehungen zu Beijing zu zerstören. Im Management dieser hinsichtlich ihrer potenziellen Auswirkungen auf die gesamte Welt bedeutendste bilaterale Verbindung wird es schlussendlich darauf ankommen, ein „Schlafwandeln“ in eine desaströse Eskalation zu vermeiden. Ob für den Umgang mit einer in vielerlei Hinsicht auftrumpfenden, intern aber mit vielen Problemen kämpfenden und daher auch schwerer zu berechnenden Volksrepublik China ein kühl abwägender Machtpolitiker wie Biden oder ein situativ denkender und erratisch handelnder Instinktmensch wie Trump besser geeignet ist, lässt sich nur schwer einschätzen. Da sich amerikanische Macht aber auch im indopazifischen Raum am besten und nachhaltigsten in der engen Abstimmung mit Verbündeten, Partnern sowie durch Kommunikation mit weiteren direkt oder indirekt betroffenen Akteuren entfaltet, dürfte aus internationaler Sicht eine Fortsetzung der Politik Bidens zu bevorzugen sein.

### **Perspektiven für Europa und Handlungsempfehlungen**

Es bleibt wichtig festzuhalten, dass die Wahlen in den USA noch anstehen und ihr Ausgang keinesfalls schon entschieden ist. Gleichwohl dürfte als gesichert gelten, dass die europäischen Verbündeten mit den USA unter einem wiedergewählten Präsidenten Joseph Biden eine verlässliche und dauerhaft an stabilen transatlantischen Beziehungen interessierte westliche Führungsmacht behielten. Aber auch eine weitere Biden-Administration wird sehr klare und anspruchsvolle Forderungen an die Europäerinnen und Europäer hinsichtlich der Übernahme größerer Verantwortung und verstärkter Leistungen für ihre eigene Sicherheit stellen.

«Aber auch eine weitere Biden-Administration wird sehr klare und anspruchsvolle Forderungen an die Europäerinnen und Europäer hinsichtlich der Übernahme größerer Verantwortung und verstärkter Leistungen für ihre eigene Sicherheit stellen.»

Allerdings würden auch im Falle eines Wahlsieges Donald Trumps die NATO und die transatlantischen Beziehungen nicht untergehen, sie könnten sich aber erheb-

---

lich komplizieren. Die europäischen Verbündeten und Partner der USA haben seit der umfassenden Aggression Russlands in der Ukraine erhebliche Anstrengungen in den Bereichen Abschreckung, Verteidigung sowie Unterstützung bzw. Ertüchtigung angegriffener bzw. bedrohter Partner unternommen. Dies gilt es fortzusetzen und zu erweitern – zum einen, um sich den USA weiterhin als zuverlässige Allianzpartner zu präsentieren, zum anderen aber auch, um sich in gefährlichen Zeiten und gegenüber einem entschlossen auftretenden Aggressor eigenständiger behaupten zu können. Damit könnten sie auch einer möglicherweise ungeduldiger oder auch aggressiver auftretenden US-Administration unter Führung von Donald Trump mit eigenem Selbstbewusstsein gegenüberreten und darauf verweisen, dass auch die USA ein Interesse an einer stabilen Allianz haben sollten.

## Europäische Sicherheit ohne die USA?

Matthias Dembinski

Ein Beitrag zu der Frage, wie sich europäische Sicherheit ohne die USA gestalten würde, ist notwendigerweise und in mehrfacher Hinsicht spekulativ. Das macht ihn einerseits reizvoll, andererseits gefährlich, weil wir zu wenig verlässliche Daten und erst recht keine Kristallkugel haben, die uns die Zukunft verraten würde. Die Spekulation beginnt bereits mit der Frage nach der Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Szenarios. Wir wissen, dass Donald Trump seit langem eine tiefsitzende Abneigung gegen internationale Verpflichtungen im Allgemeinen und die Mitgliedschaft der USA in internationalen Organisationen im Besonderen hegt. Er ist ein New Sovereigntist eigener und radikaler Façon (vgl. Spiro 2000).<sup>1</sup> Wir wissen auch, dass er eine mögliche zweite Amtszeit sehr viel planvoller angehen würde als seine Erste. Wir wissen aber nicht, ob er tatsächlich die Wahl gewinnt. Wir wissen nicht, ob er sich nur gegen die seiner Auffassung nach unfaire Lastenteilung stellt oder die USA generell aus der NATO führen würde, selbst wenn die meisten europäischen Bündnismitglieder das 2-Prozent-Ziel erreichen. Wir wissen auch nicht, ob er sich mit einem solchen Vorhaben gegen das sicherheitspolitische Establishment der USA und gegen große Teile seiner eigenen Partei durchsetzen könnte, die die außenpolitischen Interessen der USA seit 1945 grundsätzlich anders definieren als der republikanische Herausforderer. Sicherlich war die Einstellung der USA zu einer eigenständigen europäischen Sicherheit von Anfang an schillernd. Einerseits waren die USA Taufpate und sind bis heute Förderer der europäischen Integration. Andererseits wollten sie ihre Mitsprache und Kontrolle nicht aufgeben. Das geeinte Europa sollte Teil einer transatlantischen Architektur bleiben (vgl. Lundestad 1998), in der die USA die Rolle der *indispensable power* spielen. Dieses Muster findet sich sogar bei Trump, der sich einerseits über die unfaire Lastenteilung beklagte, andererseits das Vorhaben der EU kritisierte, eine eigenständige rüstungsindustrielle Basis aufzubauen. Insgesamt erscheint ein vollständiger Rückzug der USA aus den sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen Europas ein nicht wahrscheinliches Szenario zu sein. Die Folgen wären aber so gravierend, dass die Beschäftigung mit ihm dennoch geboten erscheint.

---

<sup>1</sup> Tatsächlich spitzt Trump nur die Denkweise eines Flügels der amerikanischen strategischen Kultur zu. Zu seinen Brüdern im Geiste gehört beispielsweise der frühere Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei, Patrick J. Buchanan (1999).

## ***The indispensable power? Der Beitrag der USA zur europäischen Sicherheit***

Die Spekulation geht weiter bei der Frage, wie relevant, unverzichtbar oder doch ersetzbar der amerikanische Beitrag für die europäische Sicherheit ist. Auf den ersten Blick könnte man fragen, wo das Problem wäre. Russland bildet auf absehbare Zeit die einzige ernsthafte militärische Bedrohung für die europäische Sicherheit. Vergleicht man die aggregierten (!) Machtindikatoren der europäischen Staaten mit denen Russlands, scheinen am Befund einer westlichen Überlegenheit kaum Zweifel zu bestehen. Ein Vergleich von BIP, Bevölkerungszahl, technologischer Innovationsfähigkeit, Streitkräften und Rüstungsausgaben spricht nicht für eine strukturelle Unterlegenheit der europäischen Staaten gegenüber Russland. Die Ungleichgewichte bei den Rüstungsaufgaben hat Herbert Wulf (2024) auf Grundlage offizieller Zahlen der NATO jüngst vorgerechnet. Danach erhöhten die europäischen NATO-Länder und Kanada ihre Budgets von 235 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 auf geschätzte 380 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024. Zusammen mit den USA – hier werden die innerwestlichen Größenverhältnisse deutlich – erreichen die Verteidigungsausgaben der NATO im Jahr 2024 1.160 Milliarden US-Dollar. Russland wandte in den letzten zehn Jahren sehr viel größere Anteile seines BIP für Verteidigung auf: ca. vier Prozent. Seit 2022 umfassen die Rüstungsausgaben sogar ein Drittel des Staatshaushaltes. Dennoch sind die nominellen Ausgaben der europäischen NATO-Mitglieder und Kanadas immer noch dreieinhalb Mal höher als die Russlands; und das ohne Schweden und Finnland.<sup>2</sup>

Auch die Bilanz der russischen Kriegsführung in der Ukraine lässt Zweifel daran aufkommen, dass Russland nach 2008 eine umfassende organisatorische und militärtechnologische Modernisierung seiner Streitkräfte gelungen ist. Zudem wird es Jahre brauchen, um die dramatischen Verluste seit 2022 auszugleichen. Und schließlich spricht die historische Perspektive gegen die Vermutung einer bedrohlichen westlichen Unterlegenheit. Traditionell bildete eine Pentarchie die europäische Machtbalance. Heute steht ganz Europa gegen Russland. Kurzum: Die Analyse der sogenannten „restrainer“ in der amerikanischen Debatte erscheint nicht unplausibel (vgl. Posen 2020; Mearsheimer und Walt 2016): Europa

<sup>2</sup> Ein Vergleich westlicher und russischer Verteidigungsaufwendungen ist allerdings schwierig. Die oben dargestellte Rechnung beruht auf Wechselkursparitäten (*market-exchange-based estimates*). Rechnet man auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten (*purchasing power parity*), dann ist die Disparität zulasten Russlands bei weitem geringer (vgl. Kofman und Connolly 2019).

könnte sich selbst verteidigen, und Europa gönnt sich deshalb relativ geringe Verteidigungsausgaben, weil die USA de facto „welfare for the rich“ betreiben.

«Die USA tragen zur Lösung dieses Strukturproblems mit  
zwei nur schwer ersetzbaren Leistungen bei.»

Aus einer anderen Perspektive wären die Folgen eines Rückzuges der USA dramatisch: Um das Strukturproblem europäischer Sicherheit zu verstehen, reicht ein Blick auf die Landkarte. Da sieht man, dass dem Koloss Russland eine Reihe kleiner und mittelgroßer Staaten gegenüberstehen. Die zentrale Frage westeuropäischer Sicherheit lautet folglich, wie sich die in einer solchen Lage massiven kollektiven Handlungsprobleme überwinden und wie sich die nationalen Kapazitäten dieser Staaten effizient und effektiv so aggregieren lassen, dass das Versprechen, „alle für den einen“ glaubwürdig wird. Die USA tragen zur Lösung dieses Strukturproblems mit zwei nur schwer ersetzbaren Leistungen bei: Sie bringen erstens die für die kollektive Aktion nötigen militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten ein wie unter anderem Luftbetankung, satellitengestützte Aufklärung und Kommunikation, schnell verlegbare Verbände, große Bestände an weitreichender Präzisionsmunition, maritime Machtprojektion etc. (vgl. Barry et al. 2019), die ein europäischer Staat alleine nicht bereitstellen könnte und die effizient nur durch gemeinsame Anstrengungen zu erbringen wären. Sie bringen zweitens Führung ein. An dieser Stelle wird die Sache wieder spekulativer. Wir haben zwar gute Theorien, die erklären, wie amerikanische Führung funktioniert, aber zu wenig empirische Beobachtungspunkte, um diese eingehend testen zu können. Standardtheorien nennen drei kausale Mechanismen, die erklären, wie die USA und ihr Stil aufgeklärter hegemonialer Führung die Koordinations- und Kooperationsprobleme im Kreis der übrigen 31 mittelgroßen und kleinen NATO-Mitglieder abschwächen: Erstens stellen die USA öffentliche Güter bereit, und der obige Blick auf die innerwestlichen Disparitäten bei den Verteidigungsausgaben vermittelt einen Eindruck des Gewichts dieser Güter. Zweitens fürchten die europäischen Partner Abhängigkeiten weniger, weil die USA weiter weg sind und sogenannte *voice opportunities* zulassen, also den Europäerinnen und Europäern Einfluss auf ihren Entscheidungsprozess eröffnen. Und drittens setzten die USA Anreize, die gemeinwohl-abträgliches Verhalten unattraktiver machen.

Damit ist die Herausforderung benannt: Wie könnte es diesen 31 kleinen und mittelgroßen europäischen Staaten (und Kanada) gelingen, Koordinations- und Kooperationsprobleme zu überwinden, um:

- *militärpolitisch* so zusammenzuarbeiten, dass militärische Potenziale und politischer Wille effektiv aggregiert werden, und
- *rüstungstechnologisch* so zusammenzuarbeiten, dass die bisherigen amerikanischen Beiträge effizient ersetzt werden.

«Damit ist die Herausforderung benannt:  
Wie könnte es diesen 31 kleinen und mittelgroßen  
europäischen Staaten (und Kanada) gelingen, Koordinations-  
und Kooperationsprobleme zu überwinden?»

Auch mit Blick auf diese Fragen legen Kooperationstheorien die interessante Schlussfolgerung nahe, dass sich ohne hegemoniale Führung kollektive Handlungsprobleme am ehesten durch eine institutionelle Vertiefung der Kooperation lösen lassen. Eine solche institutionelle Vertiefung lässt sich über drei Dimensionen erreichen: (a) durch *pooling* von Souveränität, sprich den Übergang von Konsens- zu Mehrheitsentscheidungen, (b) durch Delegation an internationale Bürokratien und/oder (c) durch die ex ante Festlegung eindeutiger und obligatorischer Regeln.

### **Eine vertiefte EU als Alternative?**

Mit der institutionellen Vertiefung der Kooperation ist auf die EU als Alternative zur amerikanischen Führung verwiesen. Und tatsächlich bietet sich Europa schon seit Maastricht und lautstärker seit Trump erster Regierungszeit mit Begriffen wie europäische Souveränität, Autonomie, europäische Armee und geopolitisches Europa als Alternative an (vgl. Dembinski und Peters 2024). Aber wie realistisch wäre der Umbau der bisher eher als zivile oder normative Macht beschriebenen EU in einen geopolitischen Akteur, der auch Erzwingungsmacht ausüben kann? Damit sind wir wiederum im Bereich der Spekulation. Um sich dennoch dieser Frage anzunähern, sollen hier die Bilanz der verteidigungs- und rüstungspolitischen Anstrengungen der EU in den Blick genommen und die strukturellen Gründe der bisher mageren Ergebnisse referiert werden.

Die Bilanz der sogenannten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist geprägt von der abgrundtiefen Diskrepanz zwischen den hochfliegenden Erwartungen und den bescheidenen Fähigkeiten. Am Anfang stand das 1999 auf dem Gipfel von Helsinki festgelegte Ziel, 60.000 schnell mobilisierbare Truppen für Auslandseinsätze auch robusteren Charakters für die EU verfügbar zu machen. Auch nur annäherungsweise nahegekommen ist die EU diesem Ziel nie. Stattdessen verlegte sie sich ab 2004 darauf, jederzeit zwei Verbände – sogenannte *Battlegroups* – in der Größenordnung von je ca. 1.000 Soldatinnen und Soldaten vorzuhalten. Die Staaten sollen hierfür Truppenteile melden, die dann ein halbes Jahr für Einsätze unter der Führung der EU bereitstehen. Eingesetzt wurden die durchaus kostspieligen *Battlegroups* bislang nie – und dies, obwohl ihr Einsatz mehrfach angefragt wurde (vgl. Meyer et al. 2022).

«Die Bilanz der sogenannten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist geprägt von der abgrundtiefen Diskrepanz zwischen den hochfliegenden Erwartungen und den bescheidenen Fähigkeiten.»

Auch ein anderes Modell europäischer Streitkräftemobilisierung und -entsendung weist eine interessante Tendenz auf: Für die sogenannten GSVP-Missionen unter europäischem Kommando und politischer Führung stellen Mitgliedsstaaten ad-hoc-Truppen und Ausrüstung zur Verfügung. Beginnend mit den ersten Missionen – und insbesondere der Operation Artemis 2003 in der ostkongolesischen Provinz Bunia – lässt sich beobachten, dass diese Missionen immer weniger robust wurden und immer mehr den Charakter von Ausbildungs- und Beobachtungsmissionen annahmen.

Für diese Bilanz gibt es strukturelle Gründe: Auf dem Feld der militärischen Interventionspolitik bestehen Staaten aus guten Gründen auf ihrer Souveränität und der Kontrolle über ihre Streitkräfte. Weder sind sie bereit, Mehrheitsentscheidungen zuzulassen, noch Autorität an internationale Bürokratien zu delegieren. Zudem entzieht sich das Feld einer regelbasierten Kooperation. Weil nationale Regierungen auf uneingeschränkter Entscheidungshoheit beharren, können integrierte Verbände wie die *Battlegroups* nur dann zum Einsatz kommen, wenn alle truppenstellenden Staaten in einer konkreten Krisensituation ihre vitalen Interessen betroffen sehen und zum Einsatz bereit sind. Und selbst wenn diese Voraussetzung

gegeben ist und sie ihre Truppen einem europäischen Kommando unterstellen, würden sie dennoch ihre Verantwortung nicht abgeben können, sondern müssten versuchen, die Ausübung der delegierten Autorität durch nationale Kommandostufen oder Vorbehalte (sogenannte *caveats*) zu kontrollieren. Indem sie auf diese Weise Souveränitätskosten begrenzen, untergraben sie gleichzeitig die militärische Effektivität (vgl. zu diesem Spannungsverhältnis Dembinski 2023).

«Auch der strategische Kompass von 2022, das letzte  
und mit viel Vorschusslorbeeren bedachte Strategiepapier  
(EU 2022), eröffnet keinen Weg vorwärts.»

Auch der strategische Kompass von 2022, das letzte und mit viel Vorschusslorbeeren bedachte Strategiepapier (EU 2022), eröffnet keinen Weg vorwärts. Der Kompass hat zwei Modelle entwickelt, wie die EU militärische Fähigkeiten bereitstellen und einsetzen könnte. Das europäische Modell baut auf eine sogenannte *EU Rapid Deployment Capacity (EURDC)* auf. Diese schreibt mit wenigen Änderungen das Modell der *Battlegroups* fort, ohne aber angeben zu können, warum die EURDC trotz ihrer institutionellen Ähnlichkeit mit den *Battlegroups* ein Erfolg werden soll. Weil die EU-Regierungen diesem Modell offenbar selbst nicht trauen, deutet der Kompass ein zweites, nationales Modell an: nämlich Einsätze durch Koalitionen der Willigen im Namen der EU. Der Kompass argumentiert zwar, dass derartige Koalitionen sich europäisch kontrollieren ließen. Diese Hoffnung ist aber auf Sand gebaut und de facto akzeptiert die EU mit diesem Vorschlag, dass Nationalstaaten in der Verteidigungspolitik weiterhin in der Führung bleiben.

«Eine ähnliche Tendenz prägt die Rüstungskooperation.»

Eine ähnliche Tendenz prägt die Rüstungskooperation. Dies ist insofern überraschend, als die Kommission auf diesem Feld über Expertise und die EU über komparative Vorteile verfügen sollte. In den 1990er Jahren verfolgte die Kommission zunächst eine ähnliche Strategie wie beim Binnenmarkt. In zahlreichen Studien berechnete sie die Kosten des Nicht-Europas in der Rüstungspolitik (vgl. Ballester 2013). – Diese sind aufgrund der Duplizierungen und der geringen Skaleneffekte in der Tat hoch. Vor diesem Hintergrund setzte sie – der Binnenmarktlogik folgend – auf eine negative Integration, das heißt auf die Abschaffung von Marktbarrieren,



die im Rüstungsbereich in Form des Artikels 346 AEUV (ex-Artikel 296 EGV) nationale Industrien schützen. Diesem Ansatz folgte auch das sogenannte Verteidigungspaket von 2009 mit der Vergabe- und der Verbringungsrichtlinie. Danach sollten Staaten größere Beschaffungsaufträge europaweit ausschreiben und Barrieren beim grenzüberschreitenden Handel mit Rüstungsgütern beseitigen, so dass sich europaweit Lieferketten und europäische Champions etablieren und so die Konsolidierung des Rüstungssektors voranschreiten kann. Nur folgten die Staaten diesen Vorgaben bestenfalls zögernd. Mit den nächsten Initiativen, der strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und dem europäischen Verteidigungsfond (EVF), rückte die EU vom marktorientierten Kooperationsmodell ab. PESCO wird von den Staaten dominiert, sie funktioniert nach einer Bottom-up-Logik und bewirkt genau das Gegenteil von einer Konsolidierung. Und der EVF ist zu klein und zu stark auf Konsens ausgerichtet, um Anreize für die Entstehung einer tatsächlich europäischen Rüstungsindustrie setzen zu können. Die jüngsten Initiativen der *European Defence Industrial Strategy (EDIS)* und das *European Defence Industry Programme (EDIP)* sind keine Gamechanger. Das EDIP ist mit 1,5 Milliarden Euro für die Laufzeit von 2025-2027 sehr bescheiden ausgestattet und kann einer nationalen Programmlogik kaum etwas entgegensetzen. In seiner Präsentation der EDIS räumte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, wenn auch eher in einem Nebensatz, die begrenzte Rolle der EU ein: „Working together with Member States is crucial because they are the masters of their armies“ (EU 2024). Kurzum: Die europäische Rüstungskooperation bleibt wie seit den frühen 1990er Jahren intergouvernemental orientiert – mit allen Vor- und vor allem Nachteilen. Auch für diese Beschränkungen gibt es strukturelle Gründe: Neben der engen Verflechtung zwischen den Staaten als Auftraggebern und ihren arbeitsmarktpolitischen Interessen, den Betriebsräten sowie den rüstungsindustriellen Firmen spielen auch hier souveränitätspolitische Aspekte eine Rolle. Das Interesse, die Kontrolle über spezialisierte Zulieferbetriebe nicht zu verlieren, ist das eine. Das Interesse, rüstungsindustrielle Kernfähigkeiten und damit sicherheitspolitische Unabhängigkeit zu bewahren, das andere.

### **Europäische intergouvernementale Kooperation?**

Zusammenfassend wissen wir aufgrund von Beobachtungen, dass sowohl die europäische Verteidigungspolitik als auch – überraschenderweise - die europäische Rüstungspolitik bis heute intergouvernemental, staatenzentriert und damit auch

weniger effektiv sind. Bei der Frage, ob sich dieser Befund auch dann in die Zukunft extrapolieren lässt, wenn die USA als Führungsmacht wegfallen, oder ob die europäischen Staaten dann zu mehr Geschlossenheit und integrativeren Kooperationsformen finden, sind wir wieder im Feld der Spekulation. Hier hilft es nur, die systematischen Gründe für die geringere Attraktivität europäischer Lösungen auf ihre Beständigkeit hin zu prüfen.

«Sowohl die europäische Verteidigungspolitik als auch –  
überraschenderweise – die europäische Rüstungspolitik  
sind bis heute intergouvernemental, staatenzentriert  
und damit auch weniger effektiv.»

Diese Überlegungen legen vier Schlussfolgerungen nahe:

- *Erstens:* Was der Vision einer europäischen Armee im Weg steht, beschränkt offenbar auch andere Formen integrierter und autonomieeinschränkender Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Rüstungspolitik: Die Infrastrukturen der Demokratie wie ein öffentlicher Diskursraum, ein Gemeinschaftsgefühl und eine gemeinsame Erinnerungskultur und Identität sind national gebunden und lassen sich nicht europäisieren. Die EU ist folglich nicht auf dem Weg zu einer Art bundesstaatlicher Verfasstheit, vielmehr verbleiben die Staaten in der Verantwortung. Dies schränkt die Möglichkeiten der vertieften und souveränitätseinschränkenden Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungs- und Rüstungspolitik stärker ein als bei anderen Politikfeldern. Effektive europäische Lösungen, die einerseits ohne die USA nötiger würden, hätten andererseits erhebliche Souveränitätskosten und es ist kaum zu prognostizieren, wie sich die europäischen Staaten in diesem Spannungsfeld verhalten würden.
- *Zweitens:* Die Beobachtung der großen Lücke zwischen europäischen Ansprüchen und Leistungen in der Verteidigungspolitik bezieht sich auf einen spezifischen Ausschnitt: auf die gemeinsame Krisenintervention. In diesem spezifischen Bereich funktionierte auch die NATO unter amerikanischer Führung nicht besonders effektiv. Beispielsweise lautete eine Lehre aus dem Kosovo-Krieg, dass ein „war by committee“, eine Kriegführung, bei der jeder teilnehmende Staat wie in Allianzen üblich über Vetomöglichkeiten verfügt, künftig zu vermeiden sei. Zu prüfen wäre, ob die kollektive Ver-

teidigung andere Merkmale aufweist und sich Kooperation hier durch eine Ex-ante-Regelsetzung erreichen lässt. Im Kalten Krieg hätte Kooperation im Ernstfall in erheblichem Maße auf Ex-ante-Planungen beruht und nicht auf der Funktionsfähigkeit gemeinschaftlicher Verbände. Eine solche Form der Kooperation könnte möglicherweise – bei aller Spekulation – in Zukunft auch ohne die USA funktionieren.

- *Drittens:* Europa gibt genügend Geld für Verteidigung aus. Wenn es dafür nicht genügend militärische Hardware bekommt, um Russland ohne die USA Paroli bieten zu können, ist das Versagen hausgemacht. Souveränitätspolitische Einwände gegen eine vertiefte Rüstungskooperation sollten von Gesellschaften und ihren Steuerzahlerinnen und -zahlern nicht prima facie akzeptiert werden.
- *Viertens:* Welches institutionelle Modell würde – sofern eine stärkere EU-Integration nicht funktioniert und der Politikbereich der Verteidigung intergouvernemental bleibt – sich dann am ehesten eignen, um militärische Sicherheit ohne die USA zu gewährleisten? Als Rahmen der Kooperation böte die NATO auch ohne die USA bessere Chancen als die EU. Sie verfügt über etablierte, leistungsfähige und potenziell kooperationsfördernde Verfahren, über eine funktionale internationale Bürokratie in Form der integrierten Militärstruktur und des internationalen Sekretariats sowie über konsens- und vertrauensfördernde Kommunikationsstrukturen in Form der ständigen Vertretungen. Sie wäre vermutlich auch ohne die USA in der Lage, die Interoperabilität der Streitkräfte durch Vorgaben und gemeinsame Übungen zu sichern. Und sie ist in organisationskultureller Hinsicht besser positioniert als die EU. Auch in der NATO wirkt Delegation kooperationsfördernd. Neben dem Generalsekretär ist der SACEUR die entscheidende Institution. Ob ein europäischer SACEUR freilich in ähnlicher Weise eine delegierte Autorität ausüben könnte wie sie dem US-amerikanischen SACEUR zugeschrieben wird, ist eine der wichtigen, aber wiederum hochspekulativen Fragen, die sich dann stellen würde, wenn Europa seine Verteidigung ohne die USA organisieren müsste.

## Literatur

- Ballester, Bianca. 2013. *The Cost of Non-Europe in Common Security and Defence Policy*. Brussels: European Parliamentary Research Service.
- Barry, Ben, Douglas Barrie, Lucie Béraud-Sudreau, Henry Boyd, Nick Childs und Bastian Giegerich. 2019. *Defending Europe: Scenario-Based Capability Requirements for NATO's European Members*. London: International Institute for Strategic Studies.
- Buchanan, Patrick J. 1999. *A Republic, not an Empire. Reclaiming America's Destiny*. Washington D.C.: Regnery Publishing.
- Dembinski, Matthias. 2023. *Zum Design militärischer Interventionen für Frieden und humanitären Schutz*. Frankfurt a. M.: PRIF.
- Dembinski, Matthias und Dirk Peters. 2024. *Kann Europa Macht?* Frankfurt a. M.: PRIF (i.E.).
- European Union (EU), Council of the European Union. 2022. *A Strategic Compass for Security and Defence – For a European Union that protects its Citizens, Values and Interests and Contributes to International Peace and Security*. Brussels: EU.
- European Union (EU), EEAS. 2024. Defence: Remarks by High Representative/ Vice-President Josep Borell at the press conference to present the European Defence Industrial Strategy. [https://www.eeas.europa.eu/eeas/defence-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell-press-conference-present-european\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/defence-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell-press-conference-present-european_en). Zugegriffen: 15. Mai 2024.
- Kofman, Michael und Richard Connolly. 2019. Why Russian Military Expenditure is Much Higher than Commonly Understood. *War on the Rocks*. <https://warontherocks.com/2019/12/why-russian-military-expenditure-is-much-higher-than-commonly-understood-as-is-chinas/>. Zugegriffen: 15. Mai 2024.
- Lundestad, Geir. 1998. *„Empire“ by Integration. The United States and European Integration 1945-1997*. Oxford: Oxford University Press.
- Mearsheimer, John J. und Stephen M. Walt. 2016. The Case for Offshore Balancing. A Superior U.S. Grand Strategy. *Foreign Affairs* 95 (4): 70-83.
- Meyer, Christoph, Ton van Osch und Yf Reykers. 2022. *The EU Rapid Deployment Capacity: This time, it's for real?* Brussels: European Parliament, Directorate General for External Policies.
- Posen, Barry R. 2020. Europe Can Defend Itself. *Survival* 2 (6): 7-34.
- Spiro, Peter J. 2000. American Exceptionalism and its False Prophets. *Foreign Affairs* 79 (6).
- Wulf, Herbert. 2024. Die Mär vom NATO-Defizit. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/die-maer-vom-nato-defizit-7444/>. Zugegriffen: 15. Mai 2024.

## **Braucht Europa eigene Nuklearstreitkräfte?**

*Ines-Jacqueline Werkner*

Mit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine und den zunehmenden nuklearen Drohungen Russlands als Reaktion auf die westliche Unterstützung der Ukraine ist die politische Debatte um die nukleare Abschreckung wieder neu entfacht. Vor diesem Hintergrund konstatieren auch die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, dass die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit eine glaubhafte nukleare Abschreckung erfordere (vgl. BMVg 2023, S. 13). Aber genau diese, bislang vorrangig von den USA bereitgestellt, könnte Europa mit der nächsten US-amerikanischen Wahl im November 2024 abhanden kommen. So schürt die Aussicht auf einen potenziellen Wahlsieg des rechtspopulistischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump Befürchtungen, dass sich die USA aus Europa zurückziehen könnten und Europa ohne den US-amerikanischen nuklearen Abwehrschirm Russland schutzlos ausgeliefert wäre.

Ausgehend von der nuklearen Dimension des Ukrainekrieges und den prinzipiell verschiedenen ethischen Zugängen zur nuklearen Abschreckung beleuchtet der Beitrag die in der Politik aktuell diskutierte Frage, ob Europa für seine Sicherheit eigene Nuklearstreitkräfte braucht. Dabei werden verschiedene, in der politischen Debatte befindliche Optionen in den Blick genommen, auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft und friedensethisch reflektiert.

### **Die nukleare Dimension des Ukrainekrieges**

Wladimir Putin droht – und das ist ein Tabubruch – offen mit dem Einsatz von Atomwaffen (vgl. u.a. Kühn 2022). Bereits zwei Tage nach Kriegsbeginn richtete er sich mit folgenden Worten an den Westen:

„Und jetzt einige wichtige, sehr wichtige Worte an alle, die versucht sein könnten, sich von außen in den Gang der Ereignisse einzumischen. Wer immer sich uns in den Weg stellt oder gar unser Land, unser Volk bedroht, muss wissen, dass Russlands Antwort augenblicklich erfolgen wird, und sie wird Folgen für Sie haben, wie Sie sie in ihrer Geschichte noch nicht erlebt

haben. Wir sind auf alle Entwicklungen vorbereitet. Alle notwendigen Entscheidungen sind getroffen. Ich hoffe, meine Worte werden gehört“ (Putin 2022a).

Deutlicher wurde er in seiner Rede zur Teilmobilisierung vom 21. September 2022:

„Im Falle einer Bedrohung der territorialen Integrität unseres Landes und zur Verteidigung Russlands und unseres Volkes werden wir mit Sicherheit von allen uns zur Verfügung stehenden Waffensystemen Gebrauch machen. Dies ist kein Bluff“ (Putin 2022b).

Damit verfolgt Putin das Ziel, den Westen von der Unterstützung der Ukraine abzuhalten. Seine Strategie funktioniert: Die russischen Nukleardrohungen haben die NATO – insbesondere auch die USA und Großbritannien – bislang davon abgehalten, die Ukraine im Sinne von Art. 51 UN-Charta zu unterstützen – und das trotz des Budapester Memorandums. Dort haben sich die Russische Föderation, die USA und das Vereinigte Königreich zur territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine bekannt und als Gegenleistung für deren Nuklearwaffenverzicht Sicherheitsgarantien gegeben (vgl. Budjeryn 2022).

«Die russischen Nukleardrohungen haben die NATO – insbesondere auch die USA und Großbritannien – bislang davon abgehalten, die Ukraine im Sinne von Art. 51 UN-Charta zu unterstützen – und das trotz des Budapester Memorandums.»

Vor diesem Hintergrund hat der Ukrainekrieg die politische Relevanz von Nuklearwaffen noch einmal deutlich in den Fokus gerückt. Der Theologe Michael Haspel beschreibt diese in Form von zwei Thesen:

- *Erstens* sei die Ukraine „erst durch den Verzicht auf die auf ihrem Gebiet verbliebenen sowjetischen Atomwaffen in die Situation gekommen, Opfer eines konventionellen Angriffs zu werden“ (Haspel 2023, S. 16). Hätte – so die kritische Anfrage – Russland die Ukraine auch als Atommacht angegriffen? Immerhin war die Ukraine mit 176 strategischen und mehr als 2.500 taktischen Atomraketen, die sie von der ehemaligen UdSSR „geerbt“ hatte, die drittgrößte Atommacht der Welt (vgl. Trubetskoy 2014).

- Zweitens können Nuklearwaffen auch in konventionellen Kriegen eine entscheidende Rolle spielen. So bestehe die Gefahr, dass „alle Staaten, die nicht glaubwürdig unter einem nuklearen Abwehrschirm sind, zu potenziellen Opfern auch von konventionellen Angriffen von Atommächten“ (Haspel 2023, S. 16) werden. Das ist beispielsweise die Befürchtung von Moldau als Nicht-NATO-Staat. In diesem Kontext stehen aber auch die NATO-Beitritte der beiden lange Zeit neutralen Staaten Finnland und Schweden.

Angesichts dieser Konstellation wäre es – so folgert Haspel (2023, S. 16) weiter – „sicherheitspolitisch nicht zu verantworten“, „auf die nukleare Option gänzlich zu verzichten“.

### **Ethische Zugänge zur nuklearen Abschreckung**

Diese nukleare Option ist friedensethisch aber nicht unumstritten. Prinzipiell lassen sich drei grundlegende Positionen voneinander unterscheiden (Quinlan 1989, S. 195):

- (1) „Der Einsatz nuklearer Waffen muss stets verwerflich sein, folglich auch der Besitz zum Zwecke der Abschreckung.
- (2) Der Einsatz kann in bestimmten Formen und unter bestimmten Umständen legitim sein, folglich kann der Besitz gerechtfertigt werden.
- (3) Während der Einsatz stets als verwerflich gelten muss, kann der Besitz zum Zwecke der Abschreckung zu rechtfertigen sein.“

Bei allen stellen sich kritische Anfragen; sie resultieren aus der aporetischen Struktur der nuklearen Abschreckung: Vertreterinnen und Vertreter der ersten Position müssen sich fragen lassen, wie sie es verantworten können, den Einsatz von Atomwaffen einseitig „durch keine Gegenmacht eingeschränkte Option den Skrupellosen und Aggressoren [zu] überlassen“ (Quinlan 1989, S. 196). Denn Nuklearwaffen sind entwickelt und präsent. Zwar lassen sich auch Hoffnungen auf eine atomwaffenfreie Welt in Anschlag bringen. Angesichts aktueller Entwicklungen scheint diese aber eher ferne Vision als politische Realität. Und auch der Atomwaffenverbotsvertrag vermag es nicht, die Nuklear- und NATO-Staaten mit einzu beziehen. Befürworterinnen und Befürworter dieses Vertrages müssten erklären, wie das praktisch funktionieren könne, wie sich beispielsweise Staaten wie die USA, Russland oder China hier einbinden lassen – gerade im Lichte der gegen-

wärtigen Sicherheitslage: mit dem Ukrainekrieg, aber auch mit den zunehmend konfrontativen Beziehungen zwischen den USA und China.

Die zweite Position kann das Glaubwürdigkeitsproblem nuklearer Abschreckung zwar umgehen, ist aber mit dem Problem der Verhältnismäßigkeit konfrontiert und der Frage, wie ein nuklearer Einsatz überhaupt mit einer differenzierten und verhältnismäßigen Anwendung von Gewalt einhergehen kann.

Befürworterinnen und Befürworter der dritten Position müssen sich schließlich dem Dilemma stellen, mit Waffen zu drohen, die niemals eingesetzt werden dürfen. Nukleare Abschreckung basiert auf zwei Voraussetzungen: auf der Fähigkeit und auf der Glaubwürdigkeit, im Ernstfall diese auch einzusetzen. Zudem erfordert sie rational agierende Akteure. Letzteres lässt sich zumindest kritisch hinterfragen. In diesem Sinne konstatiert auch Frank Sauer (2022):

„Die Zweifel an der Berechenbarkeit der US-Nuklearpolitik während der Präsidentschaft Donald Trumps sind dafür genauso beispielhaft wie die aktuellen Versuche, die persönliche Risiko- und Eskalationsbereitschaft des russischen Präsidenten Wladimir Putin einzuschätzen.“

Das grundlegende Dilemma ist benannt. Das macht es im Lichte der aktuellen Entwicklungen letztlich nicht nur sicherheitspolitisch, sondern gleichfalls aus ethischer Perspektive schwierig, auf die nukleare Abschreckungskomponente – so widerspruchsvoll diese auch ist – gänzlich zu verzichten. Vor diesem Hintergrund stellt sich dann unmittelbar die politische Frage, ob Europa bei einem potenziellen Wahlsieg von Donald Trump eigene Nuklearstreitkräfte benötigt.

### **Optionen eines europäischen nuklearen Abwehrschirmes**

Mit seiner Aussage, die NATO-Verbündeten im Falle eines russischen Angriffs nicht zu verteidigen, löste Trump eine Debatte über europäische Nuklearwaffen aus. In der Diskussion sind seitdem vor allem drei Optionen: (1) EU-eigene Atomwaffen, (2) eine deutsche Nuklearkomponente sowie (3) eine Europäisierung des französischen nuklearen Abwehrschirmes (vgl. Horowitz und Suh 2024, S. 2; Kühn 2024).

Bislang basiert die nukleare Abschreckung der NATO ausschließlich auf den Nuklearwaffen der USA. Dafür lagern auch US-amerikanische Atomwaffen in Belgien, Italien, den Niederlanden, der Türkei und auch in Deutschland (Büchel) (vgl. u.a.



Brandt 2024). Was die nukleare Teilhabe Deutschlands anbelangt, hat der Ukrainekrieg deren sicherheitspolitische Notwendigkeit eher noch bekräftigt. Vor diesem Hintergrund hält die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung von 2023 die nukleare Teilhabe für unerlässlich (vgl. Die Bundesregierung 2023, S. 31). Auch die Entscheidung der Anschaffung von F-35-Kampffjets dient der Sicherung der nuklearen Teilhabe (vgl. u.a. Lutsch 2024).

«Die Debatte um europäische Nuklearwaffen im Falle eines Wegfalls des nuklearen Abwehrschirmes der USA ist einerseits folgerichtig, sofern man die Position vertritt, dass, solange es Nuklearwaffen in Händen von Autokraten und Diktatoren gibt wie in Russland und China, eine einschränkende Gegenmacht nötig ist.»

Die Debatte um europäische Nuklearwaffen im Falle eines Wegfalls des nuklearen Abwehrschirmes der USA ist einerseits folgerichtig, sofern man die Position vertritt, dass, solange es Nuklearwaffen in Händen von Autokraten und Diktatoren gibt wie in Russland und China, eine einschränkende Gegenmacht nötig ist. In diesem Sinne hat jüngst auch der Politikwissenschaftler Herfried Münkler atomare Fähigkeiten für Europa gefordert, um sich vor Kriegen besser schützen zu können (vgl. Rockrohr 2023). Ähnliche Vorschläge kamen von Joschka Fischer (Die Grünen) oder auch Katarina Barley (SPD). Politisch erweisen sich diese Vorschläge jedoch als unrealistisch: Die Europäische Union ist in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht vergemeinschaftet. Im Gegensatz zu den USA ist sie kein Staat mit einem Gewaltmonopol. Wer hätte – abgesehen von den extrem hohen Kosten, die Nuklearwaffen mit sich bringen – bei einer EU von 27 Staaten die Verfügungsgewalt über diese Waffen?

Die zweite Option, Deutschland solle Atomsprenköpfe von den USA kaufen, um selbst verteidigungsfähig zu sein, ist schnell beantwortet: Sie entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage: Deutschland ist Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages. Zudem sind eigene Nuklearwaffen im Rahmen des 2+4-Vertrages untersagt.

Was würde – das wäre die dritte Option – ein französischer nuklearer Abwehrschirm bringen? Auch diese Option stünde vor großen politischen und militärisch-technischen Herausforderungen. Dass französische Atomwaffen US-amerikanische

ersetzen könnten, ist derzeit wenig wahrscheinlich. Zum einen sind die französischen Nuklearwaffen eher klein und unflexibel und im Gegensatz zu den US-amerikanischen auf Minimalabschreckung ausgelegt. So besitzt Frankreich beispielsweise keine taktischen Atomwaffen. Um glaubwürdig in einem erweiterten Rahmen abzuschrecken, beispielsweise bei einem russischen Angriff auf die baltischen Staaten, müsste das französische Arsenal massiv ausgebaut und dabei auf verschiedene Fähigkeiten ausgelegt werden (vgl. Wachs und Horowitz 2023, S. 3ff.).

«Für Frankreich mit seinem Verständnis als Grande Nation  
sind französische Nuklearwaffen nationale Waffen, die nur  
das eigene Territorium schützen.»

Zum anderen – und das wiegt weitaus schwerer – sprechen politische Gründe dagegen. Für Frankreich mit seinem Verständnis als Grande Nation sind französische Nuklearwaffen nationale Waffen, die nur das eigene Territorium schützen. So beinhaltete das Angebot von Emmanuel Macron, das er bereits im Februar 2020 Deutschland und anderen EU-Partnern unterbreitete, die Initiierung eines „strategischen Dialogs“ über die Rolle von französischen Atomwaffen in der kollektiven Verteidigung Europas – für ein besseres Verständnis seiner europäischen Partner und zur Förderung der praktischen Zusammenarbeit. So könnten beispielsweise europäische Partner an Übungen der französischen Abschreckungskräfte teilnehmen. Um eine französische Übernahme atomarer Sicherheitsgarantien ging und geht es dabei nicht (vgl. Wachs und Horowitz 2023, S. 2).

### **Fazit**

Letztlich wäre Europa ohne den US-amerikanischen nuklearen Abwehrschirm nuklear verwundbar. Die – auch konventionelle – Kriegsgefahr würde sich für Europa deutlich erhöhen. Da Russland gegenwärtig im Begriff scheint, den Krieg in der Ukraine militärisch zu gewinnen, ist es plausibel anzunehmen, dass eine nicht funktionierende nukleare Abschreckung russische Angriffe auf europäische NATO-Staaten wahrscheinlicher machen würde. Dabei müsste Donald Trump – sofern dieser die Wahl gewinnen sollte – noch nicht einmal die US-amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa abziehen oder aus der NATO austreten. Allein die Ankündigung, Europa nicht mehr verteidigen zu wollen, schränkt die Glaubwürdigkeit – und sie ist ein notwendiges Element der Abschreckung – massiv ein (vgl. Major 2024).

«Letztlich wäre Europa ohne den US-amerikanischen nuklearen Abwehrschirm nuklear verwundbar. Die – auch konventionelle – Kriegsgefahr würde sich für Europa deutlich erhöhen.»

Zugleich erweisen sich Optionen eigener europäischer Nuklearstreitkräfte oder auch eines französischen nuklearen Abwehrschirmes für Europa – so wichtig diese auch wären – als wenig realistisch. Damit würde sich für Europa im Falle eines Wahlsieges von Trump eine erkennbare politische wie militärische Sicherheitslücke auftun, die sich kurzfristig auch nicht schließen ließe. Gerade vor diesem Hintergrund sollte das Angebot des französischen Präsidenten Macron für einen Dialog und eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Nuklearpolitik angenommen werden. In diese sollte letztlich auch Großbritannien als weitere Nuklearmacht in Europa – wenn auch nicht mehr in der EU – integriert werden.

### Literatur

- Brandt, Mathias. 2024. Wo sind in Europa Atomwaffen stationiert? <https://de.statista.com/infografik/31763/europaeische-militaerbasen-auf-denen-nuklearwaffen-stationiert-sind/>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Budjeryn, Mariana. 2022. *Inheriting the Bomb. The Collapse of the USSR and the Nuclear Disarmament of the Ukraine*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). 2023. *Verteidigungspolitische Richtlinien 2023*. Berlin: BMVg.
- Die Bundesregierung. 2023. *Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie*. Berlin: Auswärtiges Amt.
- Haspel, Michael. 2023. Mit der Zerstörung der Welt drohen, um sie zu retten? *Zur Sache BW. Evangelische Kommentare zu Fragen der Zeit* 2023 (2): 13-18.
- Horovitz, Liviu und Elisabeth Suh. 2024. *Trump II und die nukleare Rückversicherung der NATO. Lösungsansätze statt Alarmismus*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Kühn, Ulrich. 2022. Die nukleare Dimension des Ukraine-Kriegs. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 29 (2): 162-184.
- Kühn, Ulrich. 2024. Germany debates nuclear weapons, again. But now it's different. <https://thebulletin.org/2024/03/germany-debates-nuclear-weapons-again-but-now-its-different/>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.

- Lutsch, Andreas. 2024. Keine Illusionen: „Zeitenwende“ und legitime Selbstverteidigung im paradoxen Nuklearzeitalter. <https://www.herder.de/communio/gesellschaft/zeitenwende-und-legitime-selbstverteidigung-im-paradoxen-nuklearzeitalter-keine-illusionen/>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Major, Claudia. 2024. Diskussion bei Markus Lanz. <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz-vom-24-januar-2024-100.html>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Putin, Wladimir. 2022a. Ansprache des russländischen Präsidenten vom 24. Februar 2022. Im Wortlaut abgedruckt in: <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Putin, Wladimir. 2022b. Rede zur Teilmobilmachung vom 21. September 2022. Im Wortlaut abgedruckt in: <https://www.tagesspiegel.de/politik/dies-ist-kein-bluff-putins-rede-zur-teilmobilmachung-im-wortlaut-8667736.html>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Quinlan, Michael. 1989. Die Ethik der nuklearen Abschreckung. Eine Kritik des Hirtenbriefs der amerikanischen Bischöfe. In *Nukleare Abschreckung – Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität*, hrsg. von Uwe Nerlich und Trutz Rendtorff, 185-220. Baden-Baden: Nomos.
- Rockrohr, Ole. 2023. Der Traum vom europäischen Atomkoffer: Politologe fordert Europas nukleare Aufrüstung. <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/atomwaffen-berliner-politologe-herfried-muenkler-fordert-europas-nukleare-auf-ruestung-gegen-putin-li.2163930>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Sauer, Frank. 2022. Nukleare Abschreckung. Theorie, Grenzen und Kritik. <https://bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/508040/nukleare-abschreckung/>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Trubetskoy, Denis. 2014. Als die Ukraine ihre Atomwaffen dem späteren Feind gab. <https://www.n-tv.de/politik/Als-die-Ukraine-ihre-Atomwaffen-dem-spaeteren-Feind-gab-article24658847.html>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Wachs, Lydia und Liviu Horovitz. 2023. *Frankreichs Atomwaffen und Europa. Optionen für eine besser abgestimmte Abschreckungspolitik*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

---

## **Autorinnen und Autoren**

*Matthias Dembinski*, Dr. phil., Projektleiter und Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Peace Research Institute Frankfurt. Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

*Sven Bernhard Gareis*, Dr. phil., Leiter der Fakultät Politik, Strategie und Gesellschaftswissenschaft an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster

*Ines-Jacqueline Werkner*, Dr. rer. pol. habil., Leiterin des Arbeitsbereichs Frieden an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg und Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt a.M.